

Brot für die Welt Postfach 40164 10061 Berlin

An Bundesminister
Dr. Johann Wadephul

██████████
██████████
██████████

██████████
██████████
██████████
██████████

www.brot-fuer-die-welt.de

Evangelisches Werk
für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

██████████
██████████
██████████
██████████
██████████

Berlin, den 27. April 2026

Ausweitung der Todesstrafe in Israel

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Bestürzung haben wir die Entscheidung der Knesset zur Ausweitung der Todesstrafe in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten aufgenommen. Wir bitten Sie eindringlich, hier gegenüber der Regierung Israels konsequent für die Prinzipien der Menschenwürde und des Völkerrechts einzutreten.

Unseren israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen vor Ort bereitet die Formulierung des Gesetzes größte Sorgen, insbesondere da sie nahelegt, dass dieses nur gegenüber Palästinenser*innen Anwendung finden soll. In den besetzten Gebieten sind nun Militärgerichte autorisiert, die Todesstrafe gegen palästinensische Zivilist*innen zu verhängen, bei denen die bisher dokumentierte Praxis große Zweifel an der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards aufkommen lassen muss. Die Einführung der Todesstrafe, verbunden mit den in dem Gesetz verankerten Tatbeständen und Zuständigkeiten, verletzt elementare rechtsstaatliche Grundsätze, internationale Menschenrechtsstandards, und humanitäres Völkerrecht, inklusive der sich aus den Genfer Konventionen ergebenden Verpflichtungen einer Besatzungsmacht. Aus christlicher Überzeugung lehnen wir die Todesstrafe ausnahmslos als unzulässig ab, weil sie gegen die Unantastbarkeit der Menschenwürde verstößt.

Die Massaker der Hamas und anderer militanter Gruppen am 7. Oktober 2023 haben tiefe Spuren hinterlassen. Den schrecklichen Verlust an Menschenleben verurteilen wir aufs Schärfste und sehen die Sicherheitsbedrohungen, denen Israel und seine Bürger*innen ausgesetzt waren und sind. Die Verantwortlichen müssen nach international anerkannten Standards zur Rechenschaft gezogen werden. Ein solcher Angriff mit unermesslicher Brutalität darf sich nicht wiederholen. Gemeinsam mit unseren Partnern sind wir überzeugt, dass eine Rückkehr aller Akteure zu der Anerkennung des Völkerrechts und dem Respekt der

Mitglied der
actalliance

Menschenrechte ein elementarer erster Schritt für eine Entwicklung hin zu Frieden und Sicherheit für alle Menschen in der Region wäre. Das Gesetz zur Todesstrafe wird nicht zu mehr Sicherheit für die Bürger*innen Israels beitragen. Vielmehr läuft die israelische Regierung Gefahr, zu weiterer Polarisierung und Extremismus beizutragen und sich international weiter zu isolieren. Gerade aus einer tiefen Verbundenheit zum jüdischen Staat sehen wir es als Aufgabe der Bundesregierung gegen diese Entwicklung einzutreten.

Die Verabschiedung des Gesetzes steht im Kontext der ohnehin gravierende Menschenrechtssituation insbesondere in den besetzten palästinensischen Gebieten, die sich weiter zuzuspitzen droht. Unsere Partnerorganisationen in Israel und den palästinensischen Gebieten berichten von einer Eskalation der Gewalt und Vertreibung durch israelische Siedler*innen, die durch Sicherheitskräfte nicht zurückgehalten oder gar unterstützt werden.

Die deutliche Verurteilung des Gesetzes sowie der zunehmenden Gewalt in den besetzten Gebieten durch die Bundesregierung haben wir, auch im Namen unserer Partner in der Region, dankbar zur Kenntnis genommen. Angesichts einer sich weiter verschärfenden Menschenrechtssituation sowie der Ankündigung der israelischen Regierung, weitere Siedlungen zu genehmigen, sehen wir die dringende Notwendigkeit, jetzt zu handeln.

Wir bitten die Bundesregierung deshalb, sich im Rahmen des globalen EU-Sanktionsregimes für gezielte Finanz- und Visasanktionen gegen Verantwortliche von Völkerrechts- und schweren Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Diese sollten insbesondere auf führende Vertreter*innen der Siedlerbewegung, auf Mitglieder der israelischen Regierung, und von Sicherheitskräften zielen, die diese maßgeblich unterstützen, sowie auf Verantwortliche für Verbrechen innerhalb der Hamas, der Hisbollah und anderer bewaffneter Gruppen.

Sie merken, dass unser Brief Sie relativ spät erreicht. Lange haben wir mit uns gerungen, ob wir die Bundesregierung bitten, sich auf EU-Ebene für die Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens einzusetzen. Eine Aussetzung des Abkommens, das nicht zuletzt auch dem Austausch und der Verständigung zwischen Europa und Israel in den Bereichen der Kultur, Wissenschaft und Bildung dient, wäre mit einem hohen Preis verbunden, insbesondere weil diese Verständigung auch dem Kampf gegen den erstarkenden Antisemitismus in Deutschland und Europa dient. Gleichzeitig stellt Artikel 2 des Abkommens unmissverständlich fest, dass die Vertragspartner sich dazu verpflichten, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten. In der aktuellen Situation, in der in der Vergangenheit definierte rote Linien schon lange überschritten sind und die israelische Regierung mit dem Gesetz zur Todesstrafe unmissverständlich klar macht, dass sie nicht beabsichtigt ihren Kurs zu korrigieren, sind wir zu dem schmerzhaften Schluss gekommen, dass wir es im Sinne, auch

unserer israelischen Partner, für notwendig halten, durch die Aussetzung des Abkommens ein deutliches Zeichen zu setzen. Vor dem Hintergrund einer besonderen deutschen Verantwortung für den Staat Israel und seiner Bevölkerung, der wir uns ebenfalls verpflichtet fühlen, muss deutlich gemacht werden, dass der Einsatz für eine Aussetzung des Abkommens nicht leichtfertig geschieht.

Als kirchliche Organisation appellieren wir an die Bundesregierung, in ihren bilateralen Beziehungen mit Israel und in internationalen Gremien deutlich und konsequent für die Prinzipien der Menschenwürde und des Völkerrechts einzutreten.

- Für ein Gespräch stehen wir selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]